

# „Lübeck wird jetzt nicht zur Wissenschafts-Wüste“

Jost de Jager,  
CDU-Minister für  
Wissenschaft in  
Kiel, will hart  
bleiben: Lübecks  
Medizin-Uni wird  
dichtgemacht,  
das UKSH soll  
schon vor 2015  
privatisiert werden.



Kiels CDU-Wissenschaftsminister  
Jost de Jager.

bitter für die, die es betrifft, aber es versetzt uns in die Lage, das verbleibende Hochschulwesen konkurrenzfähig zu halten.

LN: Man hat den Eindruck, dass in Kiel nicht bekannt war, wie wichtig die Mediziner Ausbildung im vernetzten Wissenschaftsstandort Lübeck ist.

De Jager: Das war sehr wohl bekannt. Lübeck wird jetzt mit Sicherheit auch nicht zur Wissenschaftswüste, wie uns mancher weismachen will.

LN: Was kommt als Ausgleich?

De Jager: Na ja, die Ansiedlung eines Fraunhoferinstituts ist ja schon ein gewaltiger Brocken ...

LN: Und die kommt?

De Jager: Davon gehe ich aus. Es ist auch noch eine zweite Fraunhofer-Arbeitsgruppe im Werden.

LN: Warum wird eigentlich nicht die Fakultät in Kiel geschlossen?

De Jager: Weil es dort die Zahnmedizin gibt, und weil die Uni größer und die Fakultät mit mehr anderen Disziplinen vernetzt ist. Das

ist wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit in der Exzellenzinitiative.

LN: Ausgerechnet Sie als Wissenschaftsminister müssen den größten Teil des Sparpakets schultern, Schließung der Medizin-Uni, der Wirtschaftswissenschaft Flensburg, UKSH-Privatisierung.

De Jager: Nein, das ist schon ausgewogen. Dem Problem, dass wir zu viele besonders teure Medizin-Studienplätze haben, hätten wir uns in jedem Fall stellen müssen.

LN: Trotzdem haben sie damit die großen Protest-Themen.

Sie gelten neben Christian von Boetticher als möglicher Nachfolger des Ministerpräsidenten. Haben Sie manchmal das Gefühl, dass Parteifreunde Sie mit übertriebenen Sparforderungen ins Protest-Feuer schicken, damit Sie dort als Konkurrent verglühen?

De Jager: So was höre ich zum ersten Mal - aber das ist abwegig. Nein, es geht hier nur ums Fachliche. Es geht darum, wie wir den Haushalt so aufstellen, dass wir auch künftig unsere Aufgaben finanzieren können.

LN: Wann ist das UKSH privat?

De Jager: Das ist schwer zu sagen. Wir prüfen gerade, ob es möglich ist, schon vor 2015 eine entsprechende Entscheidung zu treffen. Das lässt der aktuelle Tarifvertrag nicht zu. Wir werden aber Gespräche mit Ver.di über eine vorzeitige Auflösung aufnehmen.

LN: Glauben Sie im Ernst, dass Ver.di da zustimmt?

De Jager: Auch Ver.di steht vor der Alternative: Entweder wird schneller privatisiert und gebaut, oder es wird erst 2015 privatisiert und dann erst gebaut. Ich fände es falsch, wenn wir die Frage der notwendigen 700 Millionen Euro-Investition zur Modernisierung des Klinikums zu einer Machfrage zwischen Gewerkschaften und Regierung verkommen lassen.

LN: Das UKSH sagt, es könne die Investition selber schultern.

De Jager: Da müsste das UKSH alleine 48 Millionen an Miete erwirtschaften. Ich weiß wirklich nicht, ob es das leisten kann. Und: Das Land müsste für die 700 Millionen Euro eine Garantie abgeben. Das sehe ich nicht.

LN: Das Land hat schon ganz andere Garantien gegeben.

De Jager: Für die HSH, ja. Aber bislang hat diese Garantie das Land keinen Cent gekostet, es gab sogar eine Vergütung darauf.

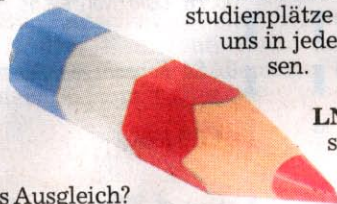
LN: Das trauen sie dem UKSH nicht zu?

De Jager: Ich glaube, dass das Risiko sehr groß ist.

LN: Selbst ihre Parteifreunde in Lübeck leisten Widerstand gegen eine Privatisierung.

De Jager: Ich kann verstehen, dass sie die Sorgen der Menschen aufnehmen. Wir müssen das UKSH aber wettbewerbsfähig machen. Und das kann bedeuten, dass man sich über Widerstände vor Ort hinwegsetzen muss.

Interview: Wolfram Hammer



Lübecker Nachrichten: FDP-Fraktionschef Kubicki hat in Sachen Uni Lübeck offenbar den Kurs gewechselt. Wenn bei einer Abwicklung der Mediziner-Ausbildung die Gefahr bestehe, dass das Fraunhofer-Institut nicht kommt, werde die Sache womöglich abgeblasen. Ist die Mediziner-Uni Lübeck damit gerettet?

Jost de Jager: Es gibt keinen neuen Kenntnisstand. Ich habe nicht die geringste Veranlassung davon auszugehen, dass das Institut nicht kommt. Dessen Ansiedlung ist unabhängig davon, ob die Medizin-Studienplätze bleiben.

LN: Lübecks Uni-Präsident erklärt, Fraunhofer habe bereits mit Fortbleiben gedroht.

De Jager: Auch das kann ich nicht bestätigen.

LN: Ist es nicht sinnvoller, die Standorte Kiel und Lübeck zu erhalten und an beiden die Zahl der Studienplätze zu reduzieren?

De Jager: Das ist schwierig, weil beide Fakultäten schon jetzt zu klein sind.

LN: Wäre eine Stiftungs-Uni eine Alternative?

De Jager: Wer soll solche Summen stiften? Bislang wurde sie eher in Richtung akademischer Handlungsfreiheit thematisiert.

LN: Die Schließung der Mediziner-Uni in Lübeck untergräbt „alle bisherigen Bemühungen um Qualität, Attraktivität und Innovationskraft des Hochschulsystems“, urteilte der Universitätsrat und trat zurück. Wieso wird dort trotzdem gespart?

De Jager: Weil wir den Wissenschaftshaushalt von Einsparungen nicht mehr ausnehmen können. Wenn es so ist, dass wir die Torte kleiner machen müssen, stehen wir vor der Frage: Schöpfen wir überall die Sahne ab, oder nehmen wir ein oder zwei Tortenstücke ganz heraus. Wir haben uns für Letzteres entschieden. Das ist